

Darüber hinaus ist es notwendig, zusätzlich bedarfsgerechte Angebote zu schaffen, proaktiv über Rechte Betroffener aufzuklären, sich beschweren zu können, strukturelle Diskriminierungen durch ungleiche Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse aufzudecken und zu beseitigen.

## **Wir engagieren uns für die Interkulturelle Öffnung der Stadt!**

Alle kommunalen Dienstleistungen müssen in mehreren Sprachen auch mit Hilfe von Sprachmittler\*innen angeboten und zielgruppengerecht gestaltet werden. Zum Beispiel muss auf eine diversitätsorientierte Vergabe der Plätze etwa in Kitas und Schulen geachtet werden. Voraussetzung dafür ist die Vermittlung von Kultursensibilität als wesentlicher Kompetenz. Sie muss ein verbindlicher Bestandteil der Aus-, Fort- und Weiterbildungscurricula für das gesamte Fachpersonal der Stadt und der für sie tätigen Träger der Jugendhilfe, der Wohlfahrt, der Weiterbildung usw. sein. Erwerb interkultureller Kompetenzen muss auch für die im Gesundheitssektor tätigen Personen verpflichtend werden. Die Diversität der Gesellschaft muss sich auch in den behördlichen Strukturen der Stadt widerspiegeln. Menschen verschiedenen kulturellen und sprachlichen Hintergrunds müssen sichtbar vertreten sein. Deshalb muss eine gleichberechtigte Chance auf Beschäftigung bis hin zur Übernahme von Leitungsaufgaben gewährleistet werden – notfalls auch über eine Quote.

Es würde einen enormen Zugewinn für unsere Stadtgesellschaft und die Bundesrepublik Deutschland darstellen, wenn das Vorhaben von DOMiD zur Errichtung eines Hauses der Einwanderungsgesellschaft in Köln umgesetzt wird. Erinnerungskultur schafft Bindung und stärkt das interkulturelle Bewusstsein.

## **Wir streiten für die gleichberechtigte Teilhabe von Eingewanderten an menschenwürdigen Lebensbedingungen, an Bildung und an Arbeit!**

Viele Migrantinnen und Migranten sowie ihre Kinder schaffen es – trotz massiver Erschwernis durch diskriminierende Strukturen – einen für sie erfolgreichen Alltag zu bestreiten und in der Arbeitswelt aufzusteigen. Jedoch werden viele Menschen, die eine Migrationsgeschichte haben, und insbesondere Menschen, die neu hier ankommen, benachteiligt, wenn es um bezahlbares und menschenwürdiges Wohnen, eine gute Bildung und fair entlohnte Arbeit geht.

Viele müssen sich über mehrere Jahre oder fast im gesamten Erwerbsleben mit prekären Arbeitsverhältnissen, oft im Niedriglohnsektor, abfinden. Daher haben auch sie – ebenso wie alle anderen abhängig Beschäftigten – ein grundlegendes Interesse an der Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse. Wir unterstützen insbesondere die Forderungen der Gewerkschaften nach guter und sicherer Arbeit, fairen Löhnen und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen.

Bildungsgerechtigkeit erreicht man nur, wenn Schulen sich öffnen und ein Spiegelbild unserer Gesellschaft sind. Alle Schulen müssen herkunftsbedingte Fähigkeiten und den Aufstieg in gute Arbeitsverhältnisse fördern. Kostenlose frühkindliche Bildung, Sprachförderung, Ganztags- und Gesamtschulen sind dafür der beste Weg. Besonderes Augenmerk muss dabei auf die aktive Einbeziehung der Eltern gelegt werden, dies ist die wichtigste Maßnahme, um diese Angebote wirksam werden zu lassen. Auch dafür sind die interkulturelle Öffnung der Schulen und kultursensible Qualifizierung des Personals notwendige Voraussetzungen.

Immer noch zu viele Migrant\*innen und ihre Familien brauchen menschenwürdige bezahlbare Wohnungen und gute öffentliche Dienstleistungen in der gesamten Stadt. Dazu gehören auch der Ausbau der kultursensiblen Angebote, der bedarfsorientierten Beratung und Hilfe zur Selbsthilfe – in allen Stadtteilen. Sie müssen im Haushalt der Stadt dauerhaft gefördert werden. Die kulturelle Vielfalt der Stadtteile ist eine Bereicherung, die eine würdige und auskömmliche Förderung verdient.

## **Wir laden ein zur Mitarbeit am Kölner Runden Tisch für Integration!**

Der Kölner Runder Tisch für Integration wurde 1991 als Kölner Runder Tisch für Ausländerfreundlichkeit von Persönlichkeiten und Organisationen der Kölner Stadtgesellschaft gegründet. Seitdem engagieren wir uns für die Rechte von Migranten\*innen auf der Basis der Menschenrechte und des Grundgesetzes. Zugleich aber verstehen wir uns als ein Ort der Diskussion, der sachbezogenen Kontroverse und auch der Vermittlung von gegensätzlichen Standpunkten. Mit dem Motto »Gemeinsam sind wir Köln« setzen wir uns für soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt ein.

Beschlossen vom Plenum des Kölner Runden Tisches für Integration am 11. März 2020.

Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Sprecher des Runden Tisches

### **Impressum**

**Förderverein Kölner Runder Tisch für Integration e.V.**

c/o Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Straße 429, 50825 Köln  
Telefon: 0162 7470142, E-Mail: info@rundertischkoeln.de

# **Manifest für Vielfalt, Zusammenhalt und gleich- berechtigte Partizipation in Köln**



*Gemeinsam sind wir Köln*

**Kölner Runder Tisch  
für Integration**

## **Kölner Runder Tisch für Integration**

### **Manifest für Vielfalt, Zusammenhalt und gleichberechtigte Partizipation in Köln!**

In Köln leben Menschen, die aus 180 weiteren Nationen eingereist sind. Viele sind bereits vor Jahrzehnten gekommen, um hier zu arbeiten. Köln ist zu ihrer Heimat geworden und sie sowie ihre Kinder und Enkelkinder sind selbstverständlicher Teil dieser Stadt. Täglich gewinnt Köln an neuen Bürger\*innen, darunter auch Migrant\*innen und Menschen mit Fluchterfahrung. Sie alle sind uns willkommen.

Wir engagieren uns für eine inklusive Stadtgesellschaft, in der sich jede\*r zuhause und sicher fühlen sowie sie mitgestalten kann. Dies schafft die Basis für ein gleichberechtigtes Miteinander und für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Voraussetzung dafür sind Partizipation, gleichberechtigte Teilhabe und Chancengleichheit für alle.

### **Unser Leitbild ist das Gleichheitsversprechens des Grundgesetzes!**

Das bedeutet das gleiche Recht auf menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die Gleichberechtigung der Kulturen, Religionen und Lebensformen.

Wir wollen strukturelle und soziale Barrieren, Diskriminierung und Ausgrenzung überwinden. Wir lehnen Assimilation oder Anpassung an eine verordnete Leitkultur ab. Notwendig ist die Bereitschaft aller zu einem Zusammenleben auf Augenhöhe, des Miteinanders und der gleichberechtigten Mitgestaltung. Notwendig ist ein Prozess der Interkulturellen Öffnung der Stadt und der Stadtgesellschaft.

Wir fordern ein klares Bekenntnis der demokratischen Parteien, von Rat und Verwaltung, von Wirtschaft und Gewerkschaften, den gesellschaftlichen Organisationen in all ihrer Vielfalt einschließlich der Selbstorganisationen der Migrant\*innen zu diesem Ziel der Gestaltung einer inklusiven Stadtgesellschaft. Wir erwarten Fairness in politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Wir verurteilen jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung, von Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus. Im Zusammenleben darf es keinen Gegensatz von »Wir« und »Ihr« geben. Wir alle sind Köln!

### **Wir fordern ein menschenwürdiges Asylrecht, ein modernes Einwanderungsrecht und das kommunale Wahlrecht für alle!**

Deutschland hat 2015 hunderttausende Menschen aufgenommen, die vor Not, Hunger und Krieg geflüchtet sind und hier Schutz suchen. Auch die Stadt Köln bzw. die Kölnerinnen und Kölner haben sich daran aktiv beteiligt.

Diese solidarische Unterstützung ist aber zunehmend erschwert worden.

Denn statt schneller Anerkennung und Integration von Menschen mit Fluchterfahrung bestimmen nach 2016 die systematische Verschlechterung der Rechte eben dieser auf menschenwürdige Lebensumstände, ein faires Anerkennungsverfahren, auf Familiennachzug, auf Integrationskurse und Weiterbildung und auf Ausbildung und Beschäftigung die Gesetzgebung. Menschen mit Fluchterfahrung werden einer umfassenden Kontrolle unterworfen, über Monate in Lagern kaserniert, Arbeitsverbote werden verhängt, die Abschiebung auch in Krisenregionen und Kriegsgebiete wird erleichtert. Ihr Aufenthalt und ihr tatsächliches Ankommen in der Stadt werden dadurch behindert, wenn nicht verhindert.

Menschen werden verunsichert und in die Illegalität abgedrängt. Das vom Rat beschlossene Bleiberechtsprojekt für länger hier lebende Geduldete droht ausgehöhlt zu werden, etwa, wenn für Menschen aus den Westbalkanländern ab 1.1.2020 Arbeitsverbote gelten.

Ein menschenwürdiges Einwanderungs- und Aufenthaltsrecht und eine die Vielfalt und Gleichheit achtende Politik von Bund, Land und Kommune bleiben unser Ziel. Wer lange in Köln lebt, hier seinen Lebensmittelpunkt hat und sich als Teil der Gesellschaft fühlt, muss bleiben können, gleich aus welchem Grunde er und sie hierhergekommen sind. Köln muss weiter Schutz suchende Menschen – auch die aus Seenot geretteten – aufnehmen. Das gesamte Aufnahmeverfahren von Land und Bund muss wieder darauf ausgerichtet werden, den Anforderungen der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention zu entsprechen.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Aber heute werden die Bedingungen für die Einbürgerung oder die doppelte Staatsbürgerschaft wieder erschwert. Im Sommer 2019 hat der Deutsche Bundestag das Staatsangehörigkeitsrecht verschärft erschwert und für den Erwerb die »Einordnung in deutsche Lebensverhältnisse«, was immer darunter zu verstehen ist, vorgeschrieben. Kinder ausländischer Eltern erhalten nicht länger unter bestimmten Bedingungen die deutsche Staatsbürgerschaft mit der Geburt. Nun wird wieder verlangt, sich mit 18 Jahren für die deutsche Staatsbürgerschaft oder die ihrer Eltern zu entscheiden.

Das kommunale Wahlrecht wird immer noch den Menschen ohne deutschen Pass verweigert – mit Ausnahme der EU Bürger\*innen – Die Rechte der Integrationsräte sind sehr begrenzt. Sie sind kein wirklicher Ersatz für eine echte politische Partizipation. Die Repräsentanz von Migrant\*innen in öffentlichen Ämtern, aber auch in gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen und in den Medien entspricht auch in Köln nicht ihrem Anteil an der Bevölkerung.

Auch wenn auf kommunaler Ebene die Landes- und Bundesgesetzgebung nur schwer zu beeinflussen ist, so bedarf es doch örtlicher Initiativen und des Drucks von unten, um Mehrheiten für eine andere Gesetzgebung zu bilden.

Wir setzen uns daher für folgende Forderungen ein: Die Einbürgerung muss deutlich erleichtert werden. Das kommunale Wahlrecht für alle, die in der Stadt ihren Lebensmittelpunkt haben, muss eingeführt werden. Der Integrationsrat muss zu einem Ratsausschuss mit allen Rechten aufgewertet werden.

### **Wir zeigen eine klare Haltung gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus!**

Unabhängig von der sozialen Lage und der gesellschaftlichen Stellung werden Migrant\*innen und jene Menschen, die man für solche hält, vielfältig rassistisch abgewertet und diskriminiert: wenn sie eine Wohnung suchen, sich auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz bewerben, im Umgang mit Behörden, auch im polizeilichen Handeln. Vor allem betroffen sind Eingewanderte aus afrikanischen Ländern, People of Color, Roma und Sinti und Eingewanderte aus süd- oder osteuropäischen Ländern. Zudem werden Menschen aufgrund einer sichtbaren oder vermuteten Religionszugehörigkeit diskriminiert, insbesondere Jüd\*innen, Muslim\*innen und Sikhs. Sie sehen sich massiver Diskriminierung ausgesetzt. Antisemitismus und Islamfeindlichkeit schlagen in ihrer hasserfüllten Form schnell in offene Anfeindung und tätliche Übergriffe um bis hin zu Morden, wie nicht zuletzt das Beispiel Hanau gezeigt hat. Angst greift um sich.

Wir alle sind aufgefordert, gegen Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierung und Islamfeindlichkeit, eindeutig Position zu beziehen. Die Arbeit der beiden Antidiskriminierungsbüros und der Stelle im Kommunalen Integrationszentrum reicht bei weitem nicht aus. Darum müssen zum einen dies Büros und Stellen zahlenmäßig ausgeweitet und in die Lage versetzt werden, entsprechend dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, das Diskriminierung verbietet, Beschwerden aufzunehmen und rassistisch diskriminierte Menschen durch Empowerment-Angebote zu stärken.